



Per Empfangsbekenntnis

Amprion GmbH

Robert-Schuman-Straße 7
44263 Dortmund

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
N-CN/MM
14.06.2021

Mein Zeichen, meine Nachricht vom
4.14.03.03/21-AMP
626e

☎ 0228
14-5789
oder 14-0

Bonn
08.09.2021

Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 13f Abs. 1 Satz 7 EnWG über systemrelevante Gaskraftwerke in der Amprion-Regelzone; Aktenzeichen: 4.14.03.03/21-AMP

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber

der Amprion GmbH, Robert-Schumann-Straße 7, 44263 Dortmund, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung,

- Antragstellerin -

wegen der Genehmigung der Ausweisung von Gaskraftwerken als systemrelevant gemäß § 13f EnWG

hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann, am 08.09.2021 wie folgt entschieden:

Bundesnetzagentur für
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen

Behördensitz: Bonn
Tulpenfeld 4
53113 Bonn
☎ 0228 14-0

Telefax Bonn
0228 14-8872

E-Mail
poststelle@bnetza.de
Internet
<http://www.bundesnetzagentur.de>

Bitte neue Bankverbindung beachten!
Bundeskasse Weiden
Dt. Bundesbank – Filiale Regensburg
BIC: MARKDEF1750
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07

Datenschutzhinweis:

Der Schutz Ihrer Daten ist uns wichtig. Nähere Informationen zum Umgang mit personenbezogenen Daten in der BNetzA können Sie der Datenschutzerklärung auf <https://www.bundesnetzagentur.de/Datenschutz> entnehmen. Sollte Ihnen ein Abruf der Datenschutzerklärung nicht möglich sein, kann Ihnen diese auch in Textform übermittelt werden.

1. Die Ausweisung des Kraftwerks Mainz, Kraftwerk 2, Kraftwerksnummer BNA0627, am Kraftwerksstandort Mainz, betrieben von der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2021 wird genehmigt.
2. Die Ausweisung des Kraftwerks Mainz, Kraftwerk 3, Kraftwerksnummer BNA0626, am Kraftwerksstandort Mainz, betrieben von der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2021 wird genehmigt.
3. Die Ausweisung des Kraftwerks Mitte, GuD A 800 GT 11, GT 12, DT 10, Kraftwerksnummer BNA0614b, am Kraftwerksstandort Ludwigshafen, betrieben von der BASF SE, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2021 wird genehmigt.
4. Die Ausweisung des Kraftwerks Süd, GuD C 200 GT 1, GT 2, DT1, Kraftwerksnummer BNA0615, am Kraftwerksstandort Ludwigshafen, betrieben von der BASF SE, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2021 wird genehmigt.
5. Die Ausweisung des Heizkraftwerks Block A, Kraftwerksnummer BNA0499, am Kraftwerksstandort Frankfurt am Main, betrieben von der Infraserb GmbH & Co. Höchst KG, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2021 wird genehmigt.
6. Die Ausweisung der ADS-Anlage, Kraftwerksnummer BNA0497, am Kraftwerksstandort Frankfurt am Main, betrieben von der Infraserb GmbH & Co. Höchst KG, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2021 wird genehmigt.
7. Die Ausweisung der GuD-Anlage Rüsselsheim M 120, Kraftwerksnummer BNA0857, am Kraftwerksstandort Rüsselsheim, betrieben von der Opel Automobile GmbH, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2021 wird genehmigt.
8. Die Ausweisung des Kraftwerks HKW Römerbrücke, Kraftwerksnummer BNA0861a mit einer Nettonennleistung in Höhe von 74 MW, am Kraftwerksstandort Saarbrücken, betrieben von der Energie SaarLorLux AG als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2021 wird genehmigt.
9. Die Ausweisung des Kraftwerks GTKW Darmstadt, Kraftwerksnummer BNA1487, am Kraftwerksstandort Darmstadt, betrieben von der ENTEGA AG, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2021 wird genehmigt.

10. Die Ausweisung des Kraftwerks UPM Schongau, Dampfkraftwerk, Kraftwerksnummer BNA1248a, am Kraftwerksstandort Schongau, betrieben von der UPM GmbH, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2021 wird genehmigt.
11. Die Ausweisung des Kraftwerks UPM Schongau HKW 3, Kraftwerksnummer BNA1248b, am Kraftwerksstandort Schongau, betrieben von der UPM GmbH, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2021 wird genehmigt.
12. Heizkraftwerk Wörth, Kraftwerksnummer BNA1078, am Kraftwerksstandort Wörth, betrieben von der Palm Power GmbH & Co. KG, als systemrelevantes Gaskraftwerk für die Dauer von 24 Monaten beginnend ab dem 21.11.2021 wird genehmigt.

Gründe

I.

In der Regelzone der Antragstellerin befinden sich Gaskraftwerke, deren Systemrelevanz von der Bundesnetzagentur zuletzt mit Bescheid vom 27.08.2019 genehmigt wurde. Mit Schreiben vom 14.06.2021, bei der Bundesnetzagentur eingegangen am 15.06.2021, erklärte die Antragstellerin, dass die bisher als systemrelevant genehmigten Gaskraftwerke nach wie vor systemrelevant seien und stellte bei der Bundesnetzagentur den Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung dieser Anlage mit Wirkung zum 21.11.2021. Zur Begründung des Antrags verwies sie auf das gemeinsame Dokument der ÜNB vom 07.05.2021 „Systemrelevanzprüfung von Gaskraftwerken in DE gemäß § 13f EnWG“ (Anlage 1 zu diesem Bescheid). Die Wirksamkeit des aktuellen Genehmigungsbescheids der Bundesnetzagentur gemäß § 13f EnWG vom 27.08.2019 endet am 20.11.2021.

Die Bundesnetzagentur leitete aufgrund des Antrags vom 14.06.2021 das Verwaltungsverfahren nach § 66 Abs. 1 EnWG ein. Die Bundesnetzagentur räumte den betroffenen Kraftwerksbetreibern jeweils mit Anhörungsschreiben vom 13.07.21 die Möglichkeit ein, bis zum 13.08.2021 zum jeweiligen Antrag der Antragstellerin Stellung zu nehmen.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Akte verwiesen.

II.

Dem Antrag der Antragstellerin ist stattzugeben, da er zulässig und begründet ist.

A. Einführung

Gemäß § 13f Abs. 1 EnWG können Betreiber von Übertragungsnetzen (ÜNB) eine Anlage zur Erzeugung von elektrischer Energie aus Gas mit einer Nennleistung ab 50 Megawatt ganz oder teilweise als systemrelevantes Gaskraftwerk ausweisen, sofern die Anlage systemrelevant im Sinne dieser Vorschrift ist. Nach § 13f Abs. 1 Satz 1 EnWG ist eine Anlage insoweit systemrelevant, als dass eine Einschränkung ihrer Gasversorgung mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führt. Die Ausweisung erfolgt in dem Umfang und für den Zeitraum, der jeweils erforderlich ist, um die Gefährdung oder Störung abzuwenden. Sie soll eine Dauer von 24 Monaten nicht überschreiten, es sei denn, die Systemrelevanz der Anlage wird durch eine Systemanalyse des regelzonenverantwortlichen Betreibers eines Übertragungsnetzes für einen längeren Zeitraum nachgewiesen und von der Bundesnetzagentur bestätigt. Die Ausweisung bedarf der Genehmigung der Bundesnetzagentur. Nach § 13f Abs. 1 Satz 7 EnWG hat die Bundesnetzagentur den Antrag zu genehmigen, wenn die Anlage tatsächlich systemrelevant im Sinne der Vorschrift ist.

Rechtsfolge der Ausweisung durch den ÜNB und der Genehmigungsentscheidung durch die Bundesnetzagentur ist zum einen, dass gemäß § 13f Abs. 2 Satz 1 EnWG die Betreiber von systemrelevanten Gaskraftwerken verpflichtet sind, soweit technisch und rechtlich möglich sowie wirtschaftlich zumutbar, eine Absicherung der Leistung im erforderlichen Umfang durch Inanspruchnahme der vorhandenen Möglichkeiten für einen Brennstoffwechsel vorzunehmen. Soweit ein Brennstoffwechsel nicht möglich ist, ist dies gegenüber der Bundesnetzagentur zu begründen und kurzfristig darzulegen, mit welchen anderen Optimierungs- oder Ausbaumaßnahmen der Kapazitätsbedarf befriedigt werden kann (§ 13f Abs. 2 Satz 3 EnWG). Zum anderen darf gemäß § 16 Abs. 2a Satz 2 EnWG ein Gasnetzbetreiber den Gasbezug eines gemäß § 13f EnWG als systemrelevant ausgewiesenen Gaskraftwerks nicht durch markt- oder netzbezogenen Maßnahmen nach § 16 Abs. 1 EnWG einschränken, soweit der Betreiber des betroffenen Übertragungsnetzes die weitere Gasversorgung der Anlage gegenüber dem betroffenen Gasnetzbetreiber anweist. Nach § 16 Abs. 2a Satz 3 EnWG darf der Gasbezug eines systemrelevanten Gaskraftwerks bei Vorliegen der Voraussetzungen von § 16 Abs. 2 EnWG durch den Gasnetzbetreiber nur nachrangig gegenüber anderen Anschlussnehmern eingeschränkt werden, soweit der Betreiber des betroffenen Übertragungsnetzes die weitere Gasversorgung des systemrelevanten Gaskraftwerks gegenüber dem Gasnetzbetreiber anweist.

B. Genehmigungsfähigkeit der Systemrelevanzausweisungen

Die Ausweisungsentscheidungen der Antragstellerin sind zu genehmigen, da insoweit die Voraussetzungen des § 13f Abs. 1 Satz 7 EnWG vorliegen. Danach hat die Bundesnetzagentur eine Ausweisungsentscheidung des ÜNBs zu genehmigen, wenn die betroffene Anlage systemrelevant im Sinne der Sätze 1 und 2 der Vorschrift ist.

1.

Eine vollständige oder teilweise Nichtverfügbarkeit der ausgewiesenen Anlagen infolge einer Einschränkung der Gasversorgung führt mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems.

a)

Nach § 13 Abs. 4 EnWG liegt eine Gefährdung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems vor, wenn örtliche Ausfälle des Übertragungsnetzes oder kurzfristige Netzengpässe zu besorgen sind oder zu besorgen ist, dass die Haltung von Frequenz, Spannung oder Stabilität durch die ÜNB nicht im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann. Die Gefährdung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems kann sich daraus ergeben, dass infolge einer teilweisen oder vollständigen Nichtverfügbarkeit der Anlagen den ÜNBn zu wenig Redispatchleistung zum Hochfahren zur Verfügung steht, um einen sicheren Netzbetrieb zu gewährleisten. Es ist methodisch korrekt, dass die Antragstellerin für die erforderliche Gefahrenbeurteilung die Ergebnisse der von der Bundesnetzagentur mit der Netzreservebedarfsfeststellung vom 28.04.2021 bestätigten Systemanalyse der ÜNB vom 01.03.2021 heranzieht¹. In der Systemanalyse wird unterstellt, dass kritische Netzsituationen häufig in sogenannten Starkwind-Starklast-Zeiten auftreten, d. h. in Zeiten, in denen eine hohe Windeinspeisung gleichzeitig zu einer hohen Stromnachfrage auftritt. Die synthetische Woche, aus der die für die Bestimmung des Redispatch- und Netzreservebedarfs maßgebliche bedarfsdimensionierende Stunde abgeleitet wird, wird derart parametrisiert, dass sie eine solche Starkwind-Starklastsituation darstellt. Im Winter 2021/2022 handelt es sich hierbei um die Stunde 273². Die Systemrelevanz eines Gaskraftwerks begründet sich neben der Notwendigkeit, im bedarfsdimensionierenden Netznutzungsfall zum Redispatch einzuspeisen auch aus dem Umstand, dass eine Anlage in der bedarfsdimensionierenden Stunde bereits aufgrund des Marktergebnisses einspeist und hierdurch kritischen Leitungsauslastungen entgegengewirkt wird. Entfiele die marktbedingte Einspeisung einer solchen Anlage, sodass andere Kraftwerke am Markt zum Zuge kämen, könnte die Einspeisung dieser Anlagen die Netzüberlastung noch verschärfen und das Defizit an Redispatchleistung noch weiter vergrößern.

In der bedarfsdimensionierenden Stunde 273 speisen die als systemrelevant ausgewiesenen Anlagen Kraftwerk Mitte (BNA0614b), Kraftwerk Süd (BNA0615), Heizkraftwerk Block A (BNA0499), ADS-Anlage (BNA0497), GuD Anlage Rüsselsheim (BNA0857) sowie HKW Wörth (BNA1078) bereits marktgetriebene Leistung in Höhe von insgesamt 603 MW in das Netz ein.

¹ Anlage 1: Systemrelevanzprüfung von Gaskraftwerken in Deutschland gemäß § 13f EnWG der ÜNB vom 07.05.20, S.2ff; Systemanalyse 2021 der Übertragungsnetzbetreiber vom 01.03.2021, abrufbar unter: https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/Verorgungssicherheit/Netzreserve/start.html

² Bericht der Bundesnetzagentur über die Feststellung des Bedarfs an Netzreserve für den Winter 2021/2022 sowie das Jahr 2023/2024, S.48.

Die als systemrelevant ausgewiesenen Anlagen GTKW Darmstadt (BNA1487), UPM Schongau (BNA1248a), KW Mainz KW 2 (BNA0627) sowie HKW Römerbrücke (BNA0861a) werden in der bedarfsdimensionierenden Stunde 273 auf Anforderung der ÜNB zum positiven Redispatch eingesetzt. Insgesamt werden über die Redispatchanforderung 487 MW Leistung eingespeist.

Die Systemrelevanz der Anlage UPM Schongau HKW 3 (BNA 1248b) lässt sich nur rechtfertigen aufgrund der ebenfalls am 01.03.2021 vorgelegten Systemanalyse der ÜNB für den Zeitraum vom 01.04.2023 bis zum 31.03.2024. Hier kommt es zu einem Markteinsatz der Anlage in dem bedarfsdimensionierenden Netznutzungsfall Stunde 297³. Über eine Redispatchanforderung der ÜNB wird die Einspeisung der Anlage weiter erhöht. In der bedarfsdimensionierenden Stunde 273 des Winters 2021/2022 läuft die Anlage hingegen weder marktgetrieben noch aufgrund einer Redispatchanforderung.

Zutreffend hat die Antragstellerin das Kraftwerk Mainz KW3 (BNA0626) als systemrelevant ausgewiesen, obwohl die Anlage in der maßgeblichen Stunde 273, der Stunde mit dem höchsten Netzreservebedarf innerhalb des Betrachtungszeitraums 2021/2022 als nicht verfügbar unterstellt wird. Im Rahmen der Ermittlung des maßgeblichen Netzreservebedarfs treffen die ÜNB Annahmen zu geplanten und ungeplanten Nichtverfügbarkeiten konkreter Kraftwerke. Die Annahmen zu geplanten (insbesondere Revisionen oder Modernisierungsmaßnahmen) und ungeplanten (plötzliche technische Defekte) Nichtverfügbarkeiten von Kraftwerken wirken sich mitunter erheblich auf die Lastflusssituation im Netz und die Entstehung besonders kritischer Netzsituationen aus. Die ÜNB verwenden ein stochastisches Modell, das vor allem auf historischen Nichtverfügbarkeitsdaten aufbaut, um die jeweiligen Nichtverfügbarkeiten zu identifizieren. Für den Betrachtungszeitraum 2021/2022 wurde von den ÜNB unter anderem das Kraftwerk Mainz KW3 (BNA0626) als nichtverfügbares Gaskraftwerk unterstellt⁴. Sofern diese systemrelevant ausgewiesene Anlage als verfügbar angenommen worden wäre, ist aufgrund ihrer Lage in der Südregion davon auszugehen, dass diese entweder aufgrund des Marktergebnisses oder aufgrund einer Redispatchanforderung durch die ÜNB zur Bedarfsdeckung eingespeist hätte.

Im Rahmen der Systemanalyse haben die ÜNB bereits zutreffend festgestellt, dass Maßstab für die Bestimmung der erforderlichen Redispatchleistung zur Gewährleistung des sicheren Netzbetriebs nicht bloß der herkömmliche (n-1)-Standard nach Art. 32 ff. der Verordnung (EU) 2017/1485 der Kommission vom 2. August 2017 zur Festlegung einer Leitlinie für den Übertragungsnetzbetrieb), sondern gemäß § 2 Abs. 2 S. 3 NetzResV, die erforderliche Redispatchleistung in der Höhe zu bemessen ist, dass die ÜNB beim Eintreten eines Mehrfachfehlers den Netzbetrieb angemessen beherrschen können. Es ist folgerichtig, dass die Antragstellerin im Rahmen ihrer Ausweisionsentscheidungen nach § 13f Abs. 1 EnWG ebenfalls davon ausgegangen ist, in dem Umfang

³ aaO, S. 68.

⁴ Systemanalysen 2021 der ÜNB vom 01.03.2021, S. 22f, 25; Bericht der Bundesnetzagentur über die Feststellung des Bedarfs an Netzreserve für den Winter 2021/2022 sowie das Jahr 2023/2024, S. 26ff.

Redispatchleistung aus Kraftwerken einschließlich der Gaskraftwerke abzusichern, wie er zur Beherrschung von Mehrfachfehlern erforderlich ist.

b)

Die Nichtverfügbarkeit eines gasbetriebenen Industriekraftwerks, das nicht oder nur teilweise in das öffentliche Netz einspeist, sondern vollständig oder überwiegend für den Eigenverbrauch produziert, kann ebenfalls eine nicht unerhebliche Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems begründen. Eine Gefährdung des sicheren Netzbetriebs kann sich einstellen, wenn sich die vertikale Netzlast im Fall einer Nichtverfügbarkeit – ggf. auch nur kurzfristig - erhöht⁵. Ein rapider Anstieg der Last stellt sich ein, wenn die für den industriellen Prozess benötigte Elektrizität aus dem angeschlossenen vorgelagerten Netz entnommen wird, um den Ausfall der Eigenerzeugung zu kompensieren. Die zusätzliche Last müsste dann durch andere Erzeugungseinheiten gedeckt und ggf. über bereits hoch belastete Netzelemente transportiert werden, was u.U. wiederum weitere Redispatch-Maßnahmen erforderlich machen könnte. Dabei kommt es zur Beurteilung der Systemrelevanz der jeweiligen Anlage nicht darauf an, dass im Normalbetrieb einer Industrieanlage keine Entnahme von Strom aus dem Netz der öffentlichen Versorgung erfolgt (vgl. zum Ganzen OLG Düsseldorf, Beschl. v. 19.12.2018, VI-3 Kart 117/17 [V], Seite 21 f.).

c)

Ebenso wenig kommt es für die Beurteilung der Systemrelevanz einer Anlage darauf an, ob die Möglichkeit eines Brennstoffwechsels besteht. Die Möglichkeit eines Brennstoffwechsels ist keine tatbestandliche Voraussetzung für die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung, sondern vielmehr ihre Rechtsfolge (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 19.12.2018, VI-3 Kart 117/17 [V], Seite 22). Die fehlende Möglichkeit eines Brennstoffwechsels vermag die Systemrelevanz der Anlage nicht zu tangieren. Sofern die bivalente Befeuerung nicht möglich ist, reicht die Absicherung der Einsatzfähigkeit der Anlage beispielsweise mittels des Abschlusses eines nicht unterbrechbaren Gasversorgungsvertrages, vgl. § 13f Abs. 2 Satz 3 EnWG.

d)

Es besteht vorliegend eine hinreichende Wahrscheinlichkeit gemäß § 13f Abs. 1 Satz 1 EnWG, dass eine Einschränkung der Gasversorgung bei jedem der vorgenannten Kraftwerke zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führt. Zum einen kam es im Februar 2012 bereits tatsächlich zu einem Engpass in der Gasversorgung in Süddeutschland, der die Abschaltung mehrerer Kraftwerke zur

⁵ Die vertikale Netzlast beschreibt dabei die Summe aller Leistungsflüsse vom Übertragungsnetz zum Verteilernetz und zu direkt angeschlossenen Letztverbrauchern.

Folge hatte. Zum anderen ist es angesichts des Ausmaßes der drohenden Schäden, die als Folgewirkung eines nicht mehr sicheren Netzbetriebs eintreten können gerechtfertigt, den geforderten Grad der Eintrittswahrscheinlichkeit niedrig anzusetzen. So ist anerkannt, dass der Grad der Wahrscheinlichkeit, der im Einzelfall zu fordern ist, insbesondere von der Bedeutung des jeweiligen Schutzgutes und dem Umfang des befürchteten Schadens abhängig ist. Je bedeutsamer das gefährdete Rechtsgut ist, umso geringer sind die Anforderungen an die Schadenseintrittswahrscheinlichkeit. Bezogen auf die Regelung des § 13f Abs. 1 Satz 1 EnWG folgt hieraus, dass eine verhältnismäßig niedrige Eintrittswahrscheinlichkeit ausreicht, um zulässigerweise den Schluss ziehen zu können, dass die Nichtverfügbarkeit eines bestimmten Gaskraftwerks aufgrund von Brennstoffmangel zu einer Gefährdung oder Störung des sicheren Netzbetriebs führt. Tritt ein solcher Fall ein, drohen Stromausfälle bei Endverbrauchern von lokal begrenzten, noch kontrollierbaren Lastabschaltungen bis hin zu kaskadierenden, unkontrollierten Stromausfällen, die sich über mehrere Regelzonen und Staaten erstrecken können. Bei jeder Stromversorgungsunterbrechung, gleich welcher Dauer, regionalen Ausmaßes oder Kontrollierbarkeit, können Schäden für Leib und Leben sowie Eigentum und sonstige Vermögenswerte eintreten. Gestützt wird diese Sichtweise auch durch das Bundesverfassungsgericht, das zur Bedeutung der Sicherheit der Energieversorgung wie folgt ausführt: „Die Sicherstellung der Energieversorgung durch geeignete Maßnahmen [...] ist eine öffentliche Aufgabe von größter Bedeutung. Die Energieversorgung gehört zum Bereich der Daseinsvorsorge; sie ist eine Leistung, deren der Bürger zur Sicherung einer menschenwürdigen Existenz unumgänglich bedarf“ (BVerfG, Beschluss v. 20.03.1984, Az. 1 BvL 28/83 – Rz. 37, zit. nach juris).

2.

Die Antragstellerin durfte die Systemrelevanzausweisungen auf die gesamte Nennleistung der einzelnen Kraftwerksanlagen beziehen. In zeitlicher Hinsicht ist die Ausweisung der Systemrelevanz durch die Antragstellerin für die Dauer von 24 Monaten begründet.

Gemäß § 13f Abs. 1 Satz 2 EnWG ist die Ausweisung der Systemrelevanz auf den Umfang und Zeitraum zu beschränken, der erforderlich ist, um die Gefährdung oder Störung des Elektrizitätsversorgungssystems abzuwenden. Zudem soll eine Systemrelevanzausweisung eine Dauer von 24 Monaten nicht überschreiten, es sei denn, die Systemrelevanz wird durch eine Systemanalyse des ÜNBs für einen längeren Zeitraum nachgewiesen und von der Bundesnetzagentur bestätigt (§ 13f Abs. 1 Satz 3 EnWG).

Die Entscheidung der Antragstellerin, die Systemrelevanzausweisung auf die gesamte Nennleistung der betreffenden Anlagen zu erstrecken, ist zutreffend.

Die Entscheidung der Antragstellerin, die Ausweisungen auf die Dauer von 24 Monaten zu erstrecken, beginnend ab dem 21.11.2021, ist im Ergebnis nicht zu beanstanden. § 13f Abs. 1 S. 2 und 3 EnWG ist zu entnehmen, dass der Zeitraum von 24 Monaten den Regelfall der Ausweisungs-dauer darstellt.

Im Übrigen ist festzuhalten, dass die Systemrelevanzausweisungen nach § 13b und § 13f EnWG nicht zwingend im zeitlichen Gleichlauf erfolgen. Wird die Dauer der Genehmigung einer Systemrelevanzausweisung nach § 13f EnWG auf einen längeren Zeitraum erstreckt, als die für dieselbe Anlage vorliegende Genehmigung einer Systemrelevanzausweisung nach § 13b EnWG, wird hiermit nicht präjudiziert, dass die Anlage für den längeren Zeitraum ebenso systemrelevant im Sinne des § 13b EnWG ist. Die im Rahmen von § 13b Abs. 4 und 5 EnWG erfolgte Systemrelevanzausweisung - bzw. deren Genehmigung - geht der nach § 13f EnWG genehmigten Systemrelevanzausweisung vor, insbesondere wenn es zu einem zeitlichen Auseinanderlaufen zwischen den Zeiträumen der jeweiligen Systemrelevanzausweisungen bzw. deren Genehmigungen kommt. Liegt nach Ablauf der Genehmigung der Systemrelevanzausweisung nach § 13b EnWG keine erneute Systemrelevanzausweisung des ÜNB bzw., im Falle einer beabsichtigten endgültigen Stilllegung, keine Genehmigung der Systemrelevanzausweisung durch die BNetzA vor, ist der Eingriff in die betroffenen Grundrechte des Anlagenbetreibers nach Art. 12 Abs.1 sowie Art. 14 Abs. 1 Grundgesetz in Gestalt des Stilllegungsverbots und der Verpflichtung zur Betriebsbereitschaftsherstellung nicht mehr gerechtfertigt, mit der Folge, dass der Betreiber seine Anlage stilllegen darf. Mit der zulässigen Stilllegung der nicht mehr nach § 13b EnWG systemrelevanten Anlage entfällt der Regelungsgenstand der Genehmigung der Systemrelevanzausweisung gemäß § 13f EnWG, die dadurch bedingt ist, dass die betreffende Anlage überhaupt betriebsbereit ist oder betriebsbereit gemacht werden kann.

C. Rechtsfolge

Da die ausgewiesenen Anlagen systemrelevant im Sinne von § 13f Abs. 1 Sätze 1 und 2 EnWG sind, ist gemäß § 13f Abs. 1 Satz 7 EnWG die Genehmigung der Ausweisung zu erteilen; die Entscheidung ist gebunden und steht nicht im Ermessen der Behörde.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Entscheidung kann binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung dieser Entscheidung Beschwerde eingelegt werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit diese Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG)

Bonn, den 08.09.2021



Dr. Franziska Adamek
(Referatsleiterin)